



Niederschrift

19. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

Sitzungstermin: Dienstag, 07.09.2021
Sitzungsbeginn: 18:03 Uhr
Sitzungsende: 20:13 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler

SPD

Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Frau Angela Rößler

DIE aNDERE

Herr Pete Heuer

SPD

Frau Birgit Eifler

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Uwe Fröhlich

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Isabelle Vandre

DIE LINKE

Herr Lars Eichert

CDU

Herr Helmar Wobeto

AfD

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller

DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Frau Julia Laabs

DIE aNDERE

Herr Hendrik Nolde

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Bertram Otto

SPD

Frau Kerstin Sammer

CDU

Herr Tom Seefeldt

Freie Demokraten

Frau Nina Waskowski

DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier

Geschäftsbereich 3

Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain

Migrantenbeirat

Herr Peter Mundt

Seniorenbeirat

Herr Kai Okurka

Beirat für Menschen mit
Behinderung

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze DIE LINKE entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Koch BürgerBündnis entschuldigt

Gäste:

Frau Martina Trauth Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Magdolna Grasnack Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Dr. Tina Denninger Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Sebastian Anderka Bereich Stadtentwicklung
Herr Jan Lesniak Bereich Grünflächen
Frau Uta Kitzmann Fachbereich Soziales und Inklusion
Herr Matthias Gumberger Fachbereich Soziales und Inklusion
Herr Gregor Jekel Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Frau Eiken-Carina Magnussen Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Frau Martina Spyra Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.06.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Stand der Erarbeitung des Armutsberichtes
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte
Gewalt und Stalking
Vorlage: 21/SVV/0393
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 5.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung
Vorlage: 21/SVV/0455
Fraktion Freie Demokraten
- Wiedervorlage -
- 5.3 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen
Vorlage: 21/SVV/0595
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- Wiedervorlage -

- 5.4 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0646
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 5.5 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung
Vorlage: 21/SVV/0736
Fraktion Freie Demokraten
- 5.6 Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes
Vorlage: 21/SVV/0800
Fraktion CDU
- 5.7 Prioritäten im Baulandmodell
Vorlage: 21/SVV/0853
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.8 Vorbereitung Soziale Erhaltungssatzung der LHP
Vorlage: 21/SVV/0861
Fraktion DIE LINKE
- 5.9 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt
Vorlage: 21/SVV/0862
Fraktionen SPD, DIE LINKE
- 5.10 Sitzungskalender 2022
Vorlage: 21/SVV/0755
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland
Vorlage: 21/SVV/0842
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 6.2 Zwischenbericht zur Umsetzung des Beschlusses 21/SVV/0498 "Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie"
- 6.3 Vorstellung eines neuen ambulant betreuten Wohnangebotes für Frauen ab 28 Jahren
- 6.4 Einbürgerungsverfahren in der Landeshauptstadt Potsdam
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.06.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 15.06.2021 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Adler um Abstimmung über die Tagesordnung. Er teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 5.2 „Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung“ (DS 21/SVV/0455), 5.4 „UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam“ (DS 21/SVV/0646), 5.7 „Prioritäten im Baulandmodell“ (DS 21/SVV/0853) und 5.9 „Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt“ (DS 21/SVV/0862) aufgrund der erforderlichen geschäftsbereichsübergreifenden Abstimmungen zurückgestellt werden soll.

Es wird verabredet, dass die Drucksache 21/SVV/0862 bis zur Novembersitzung des GSWI-Ausschusses vertagt wird, da noch verwaltungsinterne Abstimmungen stattfinden müssen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Die Berichte der Beiräte stehen im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Herr Okurka berichtet, dass der Behindertenbeirat noch aus 13 Mitgliedern besteht. Er bittet, dass die LHP dem Beirat faire Möglichkeiten einräumt, weiter zu arbeiten. Beide Seiten sollten hier aufeinander zugehen.

Frau Hussain verweist darauf hin, dass am 03.09.2021 im Flur vor dem Büro des Oberbürgermeisters die Ausstellung „HEIMATART - Bunte Welten in Potsdam“ eröffnet wurde und bis zum 31.10.2021 zu besichtigen ist.

zu 4 Stand der Erarbeitung des Armutsberichtes

Herr Dr. Engels (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik) stellt anhand einer Präsentation zunächst das Institut und anschließend das Konzept zur Erstellung des Armutsberichtes vor. Dabei geht er auf die Gliederung des Konzeptes ein und erläutert die einzelnen Bausteine. Herr Dr. Engels informiert, dass für die Erstellung des Konzeptes Analysen der 6 Sozialräume erfolgen. Diese Analysen sollen mit den Stadtverordneten in Workshops diskutiert und überlegt werden, wie damit umgegangen werden soll und um strategische Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Abschließend stellt Herr Dr. Engels den Zeitplan für die Erarbeitung des Armutskonzeptes vor.

Frau Dr. Müller fragt, wie es möglich ist, aufgrund der Datenlage die sozialen Verwerfungen im Zusammenhang mit Corona aufzugreifen.

Herr Gumberger, Fachbereich Soziales und Inklusion, verweist auf die aktuelle Bürgerumfrage, die Ende 2021/Anfang 2022 vorliegen wird. Die Aussagen sollen berücksichtigt werden. Zum Bildungs- und Teilhabepaket liegen der Verwaltung aktuelle Daten vor. Herr Dr. Engels ergänzt, dass es von Vorteil sein kann, wenn das Jahr 2020 nicht zu stark berücksichtigt wird, da es sich hier um ein herausragendes Jahr mit einer außergewöhnlichen Situation handelt.

Frau Trauth verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, dass alle Statistiken geschlechter-differenziert werden sollen. Sie fragt, ob dies auch für die Indikatoren gilt, die für den Armutsbericht angewendet werden. Dies wird von Herrn Dr. Engels bejaht.

Frau Meier regt an, ein eigenes Kapitel zur Pandemie zu erstellen, in dem der Fokus auf die Auswirkungen auf die benachteiligten Gruppen gelegt wird. Herr Fröhlich schlägt vor, auch die Isolationszeiten während der Pandemie zu berücksichtigen.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking

Vorlage: 21/SVV/0393

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Trauth verweist auf die mit dem Arbeitskreis Opferschutz abgestimmte Stellungnahme, die an alle Ausschussmitglieder mit den Sitzungsunterlagen ausgereicht wurde.

Frau Rößler betont, dass von Seiten der antragstellenden Fraktion die Einrichtung der Stelle befürwortet wird.

Frau Waskowski weist darauf hin, dass dieses Thema am 08.09.2021 auf Landesebene beraten wird. Sie empfiehlt, die Ergebnisse abzuwarten.

Frau Dr. Müller fragt, wie das Problem begleitet und gelöst werden kann, wenn es diese Koordinierungsstelle in der Stadt nicht gibt. Welche Möglichkeiten gibt es, diesem Problem mit den vorhandenen Einrichtungen und Initiativen zu begegnen?

Frau Trauth erklärt, dass es den Vereinen und Initiativen darum geht, die Konvention von Istanbul umzusetzen.

Frau Vandre erinnert daran, dass verabredet wurde, dass die Stellungnahme des Arbeitskreises Opferschutz berücksichtigt werden soll. Diese liegt nun vor. Sie regt an, die Diskussion auf Landesebene abzuwarten, möchte aber auch ein Votum des GSWI nicht hinauszögern.

Frau Laabs kann nicht nachvollziehen, warum die Debatte des Landes abgewertet werden soll.

Frau Meier erklärt, dass die Hoffnung besteht, dass das Land die Stelle übernimmt. Sie verweist auf die aktuelle Haushaltsdiskussion in der LHP.

Frau Rößler und Frau Laabs stimmen der erneuten Vertagung zu.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Herr Adler um Abstimmung über die erneute Zurückstellung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Zustimmungen und 1 Stimmenenthaltung mehrheitlich angenommen.

Somit wird die Drucksache zurückgestellt.

zu 5.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung

Vorlage: 21/SVV/0455

Fraktion Freie Demokraten
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5.3 Stadtentwicklungskonzept Spielflächen

Vorlage: 21/SVV/0595

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- Wiedervorlage -

Herr Lesniak, Bereich Grünflächen, gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen zum Konzept. Dabei geht er zunächst auf das Ziel ein, verweist auf den Spielflächenbestand und die Spielflächenversorgung und stellt dann die Ergebnisse aus der Beteiligung vor. Anschließend stellt er die Entwicklungsziele und Maßnahmen und gibt dann einen kurzen Ausblick.

Frau Laabs spricht die Orte für junge Menschen an und fragt, ob auch an Skaterbahnen gedacht wurde. Dazu führt Herr Lesniak aus, dass es aktuell zwei Skaterbahnen gibt und in Stadtteilen Gespräche mit soziale Einrichtungen geführt werden, um zu überlegen, wo Flächen und Organisationsstrukturen geschaffen werden können.

Frau Laabs erlebt aktuell oft, dass junge Menschen von Orten vertrieben werden. Sie fragt, was konkret für junge Menschen geschaffen wird, wo sie sich aufhalten können. Herr Lesniak stimmt zu, dass das Angebot zu gering ist. Er macht auch deutlich, dass es pandemiebedingt eine Zuspitzung gab. Die Verwaltung ist auf der Suche nach Orten, die den Jugendlichen angeboten werden.

Frau Vandre betont, dass bei zukünftigen Konzepten zu Spielflächen eine Beteiligung des Jugendhilfeausschusses und der Träger der Jugendarbeit erfolgen sollte, da hier die Debatte richtig angelagert ist.

Frau Dr. Denninger erklärt, dass sie zur Schaffung von inklusiven und barrierefreien Spielflächen beteiligt wurde und hier eine gute Zusammenarbeit besteht. Auf ihre Frage, ob es schon Planungen für einen inklusiven Skater-Platz gibt, antwortet Herr Lesniak, dass es dazu noch keine konkrete Planung gibt, dies aber weiter im Blick ist.

Herr Otto regt an, dass bei der Errichtung von Spielplätzen auch Schattenspenden wichtig sind und unbedingt mitbedacht werden sollen. Er fragt, ob auch der integrative Aspekt und hier die speziellen kulturellen Bedürfnisse betrachtet werden. Dies wird von Herrn Lesniak verneint. Bisher wurde auf die speziellen kulturellen Bedürfnisse nicht eingegangen. Auf Nachfrage bezüglich der Priorisierung teilt Herr Lesniak mit, dass in der Altersgruppe der 0 bis 5-jährigen der höchste Bedarf an Spielflächen besteht. Hier liegt auch die höchste Priorität. Danach kommt gleich der Bedarf im Bereich der Jugendlichen. Bei der Schaffung von Aufenthaltsflächen für Jugendliche ist der Aufwand aber wesentlich höher, da sichergestellt werden soll, dass die Jugendlichen das Angebot auch annehmen. Dazu erfolgt die Einbindung der sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen.

Herr Wobeto spricht die finanziellen Mittel an, die benötigt werden für Sanierungen und Neubau von Spielplätzen.

Frau Dr. Denninger befürwortet den Beteiligungsprozess, der durchgeführt wurde. Hier wurde auch die Integration betrachtet. Es war ein sehr breiter Beteiligungsprozess.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:
das Stadtentwicklungskonzept Spielflächen (STEK Spielflächen).

Abstimmungsergebnis:

Mit 9 Zustimmungen einstimmig angenommen.

zu 5.4 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0646

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5.5 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung

Vorlage: 21/SVV/0736

Fraktion Freie Demokraten

Herr Seefeld bittet um eine Aussage von Seiten der Verwaltung und Zurückstellung des Antrages, da er die Diskussion im SBWL-Ausschuss abwarten möchte.

Herr Anderka, Bereich Stadtentwicklung, erklärt, dass der Ansatz für erstrebenswert gehalten wird. Er macht aber deutlich, dass viele Daten nicht bekannt sind.

Er schlägt vor, den Oberbürgermeister zu beauftragen zu prüfen, welche Potentiale durch Aufstockungen zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum in Potsdam bei den Mitgliedsunternehmen des Arbeitskreises Stadtpuren e.V. möglich sind.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Herr Adler um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

Mit 9 Zustimmungen einstimmig angenommen.

Somit wird die Drucksache zurückgestellt.

zu 5.6 Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes

Vorlage: 21/SVV/0800

Fraktion CDU

Herr Eichert bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Anderka, Bereich Stadtentwicklung, berichtet, dass die Verwaltung damit bereits befasst ist. Der Zwischenbericht wird fristgemäß geliefert.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Umsetzung und Anwendung des Baulandmobilisierungsgesetzes in Potsdam ein Konzept zu erstellen. Dabei ist zunächst darzustellen, wie die durch das Gesetz neu eröffneten Möglichkeiten genutzt werden können, um den Wohnungsbau zu erleichtern, die Verfahren zu vereinfachen und so die Prozesse zur Schaffung von Wohnraum zu beschleunigen.

Ein erster Zwischenbericht ist bis Dezember 2021 dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und ländlichen Raum vorzustellen. Dabei soll festgelegt werden, wie konzeptionell weiterhin verfahren werden soll und bis wann ein detailliertes Konzept erstellt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mit 4 Zustimmungen und 5 Stimmenenthaltungen mehrheitlich angenommen.

zu 5.7 Prioritäten im Baulandmodell

Vorlage: 21/SVV/0853

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5.8 Vorbereitung Soziale Erhaltungssatzung der LHP

Vorlage: 21/SVV/0861

Fraktion DIE LINKE

Frau Vandre bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Jekel verweist auf die Rahmenbedingungen sowie die begrenzten Ressourcen, um die Satzung auch zu vollziehen. Er betont, dass die Verwaltung sich bemüht, die Satzung so schnell wie möglich vorzulegen, macht aber darauf aufmerksam, dass die letzte Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahr am 01.12.2021 stattfindet. Die Beschlussvorlage für diese Sitzung müsste dann spätestens am 10.11.2021 abschließend in der Beigeordnetenkonferenz beraten

werden. Da aber im Vorfeld eine geschäftsbereichsübergreifende umfangreiche Abstimmung erforderlich ist, ist dies nicht zu leisten. Selbst wenn dies aber gelänge, fehlen wesentliche Voraussetzungen für den Vollzug der Satzung. Dazu zählen klar beschriebene Prozesse zum Vollzug, die aktuell zusammen mit dem Fachbereich 53 in Aufstellung sind, eine Bemessung und Zuordnung des Personalbedarfs sowie überhaupt Stellen und Personal, um diesen Vollzug auch umzusetzen. Eine Satzung wäre daher auch nach Beschlussfassung und Inkrafttreten nicht vollziehbar.

Weiterhin wäre die Rechtssicherheit der Satzung ohne hinreichend untersetzte Begründung nicht gegeben. Dafür fehlt noch das Feinscreening. Auch hier fehlt es an Personal bei allen Prozessbeteiligten für die Durchführung der Vergabe des Gutachtens.

Nachvollziehbar ist, dass die verzögerte Umsetzung des Aufstellungsbeschlusses für eine Erhaltungssatzung in der Verwaltung als unbefriedigend wahrgenommen wird. Jedoch fehlen weiterhin die dafür erforderlichen Ressourcen unter anderem im Fachbereich 39.

Herr Eichert betont, dass es wichtig ist, die Verwaltung ordentlich arbeiten zu lassen, um ein vernünftiges Planwerk zu haben.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass der Geschäftsbereich 3 hier unzulässig allein gelassen wird. Es sollte Druck aufgemacht werden, dass alle ihren Beitrag leisten, dies als eine geschäftsbereichsübergreifende Aufgabe zu sehen.

Frau Laabs fragt, wann mit mehr Personal und mehr Ressourcen zu rechnen ist und was diesbezüglich unternommen wird.

Herr Jekel benennt die Bedarfe an Stellen. Er macht dabei deutlich, dass für neben der Erarbeitung und Begleitung der Satzung nach aktuellem Stand zwei Stellen für den Vollzug, d.h. die Bearbeitung von Anträgen, Widersprüchen und Klagen benötigt wird. Der Bedarf kann mit vorhandenen Stellen und Personal des Fachbereichs 39 nicht gedeckt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß §172 Abs.1 Satz1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Untersuchungsgebiet südöstlich des Hauptbahnhofs (DS 20/SVV/0441) bis zum Jahresende 2021 der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen. Parallel sind die entsprechenden Prozesse und Maßnahmen in der Verwaltung vorzubereiten, damit die Umsetzung der Satzung unmittelbar mit deren Inkrafttreten sichergestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mit 5 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 2 Stimmenenthaltungen mehrheitlich **angenommen.**

- zu 5.9 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt**
Vorlage: 21/SVV/0862
Fraktionen SPD, DIE LINKE

Die Drucksache wird bis zur Novembersitzung zurückgestellt

- zu 5.10 Sitzungskalender 2022**
Vorlage: 21/SVV/0755
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Geplante Sitzungen GSWI-Ausschuss 2022:

15. Februar 2022
29. März 2022
17. Mai 2022
14. Juni 2022
20. September 2022
18. Oktober 2022
29. November 2022

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2022 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien

Abstimmungsergebnis:

Mit 9 Zustimmungen einstimmig angenommen.

- zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 6.1 Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland**
Vorlage: 21/SVV/0842
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Herr Anderka bringt die Mitteilungsvorlage ein und weist darauf hin, dass der Stand der vorliegenden Vorlagen bereits überholt ist.

Frau Vandre bittet, das ursprüngliche Werkstattverfahren weiterzuführen.

Herr Anderka erklärt, dass dies so vorgesehen ist.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- zu 6.2 Zwischenbericht zur Umsetzung des Beschlusses 21/SVV/0498**
"Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie"

Frau Magnussen gibt anhand einer Präsentation einen Zwischenbericht über die Hilfsstrategien der LHP zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie. Dabei weist sie darauf hin, dass digitale und telefonische Beratungsangebote eine wichtige Ergänzung zum bisherigen Angebotspektrum

darstellen. Es wird für wichtig erachtet, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Online-Wegweiser Seelische Gesundheit durchzuführen. Des Weiteren sollte das Thema in den Impfzentren und in den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern platziert werden.

Bezüglich der mittel- und langfristigen Maßnahmen erklärt sie, dass die Entwicklung von Modellschulen zur Gesundheitsförderung und Prävention geplant sei sowie eine Vernetzung der Kontakt- und Beratungsstelle, der Suchtpräventionsfachstelle für Erwachsene und der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser anzustreben ist. Abschließend verweist sie auf die Gründung der Selbsthilfegruppe Long Covid bei SEKIZ e.V.

Frau Eifler macht darauf aufmerksam, dass sehr viele Angebote zeitweilig geschlossen hatten. Sie bittet um Informationen, wie die Kontakt- und Beratungsstelle anläuft und wie der Übergang zum neuen Träger gelaufen ist.

Zum Übergang der Kontakt- und Beratungsstelle informiert Frau Magnussen, dass ca. die Hälfte der Mitarbeitenden auch in der neuen Kontakt- und Beratungsstelle tätig. Sie teilt mit, dass die Kontakt- und Beratungsstelle bereit sei, sich im GSWI-Ausschuss vorzustellen.

Auf die Frage von Frau Laabs fragt, warum eine Modellschule eingeführt werden soll macht Frau Magnussen deutlich, dass dies dem GSWI-Ausschuss durch Frau Hayn in einer späteren Sitzung vorgestellt und erläutert wird.

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 6.3 Vorstellung eines neuen ambulant betreuten Wohnangebotes für Frauen ab 28 Jahren

Herr Jekel stellt das neue Angebot der Wohnungsnotfallhilfe für alleinstehende Frauen ab 28 Jahren vor und erklärt, dass in dem Konzept festgelegt wurde, dieses Hilfesystem kontinuierlich weiterzuentwickeln. Es wurde festgestellt, dass in dieser Bedarfsgruppe ein entsprechendes Angebot fehlt. Dieses soll nun ausgeweitet werden. Für die Durchführung des Hilfsangebotes werden Wohnungen im Bornstedter Feld angemietet. Die Bewohnerinnen werden durch „Creso“ betreut. Aktuell gibt es 12 Plätze, die alle aktuell belegt sind. Die Vereinbarung gilt zunächst für 4 Jahre.

Abschließend erklärt Herr Jekel, dass diese Plätze zielgerichtet für allein lebende Frauen ab 28 Jahren eingerichtet wurden.

Frau Vandre fragt, wie hoch die eigentliche verdeckte Obdachlosigkeit ist und ob mit dem Angebot der Bedarf gedeckt wird.

Herr Jekel stellt klar, dass es Vordergründig nicht um die Vermeidung der Obdachlosigkeit sondern um die Krisenbewältigung geht.

zu 6.4 Einbürgerungsverfahren in der Landeshauptstadt Potsdam

Frau Meier teilt mit, dass es eine Empfehlung des Landes gibt, dass vor der Einbürgerung ein Beratungsgespräch anzubieten ist. Durch die Flüchtlingswelle 2015/2016 werden aktuell vermehrt Anträge auf Einbürgerung gestellt werden. Aufgrund der Fülle der Anträge ist dies durch die Verwaltung nicht mehr leistbar. Deshalb wird das Beratungsgespräch zur Prüfung der Voraussetzung nur geführt, wenn der Antragsteller dies wünscht. Die Entscheidung erfolgt anhand der

Aktenlage, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Für den nächsten Doppelhaushalt werden entsprechende Stellen zur Bearbeitung der Anträge auf Einbürgerung beantragt.

Frau Grasnick spricht sich für das vorgestellte Verfahren aus. Auch der Austausch mit den Beratungsstellen, dass diese jetzt selbst beraten dürfen wird sehr begrüßt.

zu 7 Sonstiges

Herr Adler verweist auf die Einladung des Oberlinhauses zu sog. Sondierungsgesprächen, die den Ausschussmitgliedern über die Fraktionen zugegangen sind. Er schlägt vor, eine Sitzung im Oberlinhaus durchzuführen und dann das Oberlinhaus zu einem Tagesordnungspunkt zu machen. Frau Spyra sollte die Koordination übernehmen und sich dazu mit dem Oberlinhaus verständigen.

Frau Grasnick lädt die Ausschussmitglieder zur feierlichen Eröffnung der Potsdamer Interkulturellen Woche 2021 ein. Am Sonntag, 26. September 2021, 14 – 18 Uhr soll mit dem Straßenfest "Unter einem Dach – Wir feiern Miteinander" auf dem Alten Markt gemeinsam die weltoffene und vielfältige Landeshauptstadt Potsdam gefeiert werden.

Am selben Nachmittag wird der Integrationspreis der LHP im Potsdam Museum verliehen. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden nach der Preisverleihung auf der Bühne auf dem Alten Markt vorgestellt.

Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 05. Oktober 2021, 18:00 Uhr

Uwe Adler
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin